

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schrempp,

sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wer kennt nicht die Situation, wenn man nach Karlsruhe möchte: Baustellen überall! Egal ob man mit der Bahn oder mit dem Auto unterwegs ist, es scheint, dass an vielen Stellen gleichzeitig gebaut wird, und ein Durchkommen nur schwer möglich ist.

Liest man den Haushaltsplan der Stadt Rheinstetten durch, so stellt sich die Frage: Haben wir vielleicht auch zu viele Baustellen? Die neue Stadtmitte, Bildungszentrum und Ganztagesgrundschulen, Digitalisierung und EDV, Bauhof, Sanierung der Abwassersysteme. Können diese vielen Aufgaben und Herausforderungen gleichzeitig bewältigt werden, ohne dass die Finanzen in eine Schieflage geraten?

Müssen Zukunftsaufgaben gleichzeitig bewältigt werden? Reichen unsere finanziellen Mittel und reicht auch das Personal in der Verwaltung aus, um alle Aufgaben zu erledigen?

Im Folgenden möchte ich zu diesen Fragen Stellung nehmen und unsere Ansicht zum Haushaltsplan erläutern.

Das neue Haushaltsrecht „die Kommunale Doppik“ wird in Rheinstetten seit 2015 angewandt und orientiert sich an der kaufmännischen Buchhaltung. Neben dem Geldverbrauch wird auch der gesamte Verzehr an Ressourcen dargestellt. Dazu gehört auch, dass die Abschreibungen erwirtschaftet werden sollten.

Das gelingt im Haushaltsplan 2018 nicht. Nach der Doppik leben wir über unsere Verhältnisse, weil wir die Abschreibungen (sie belaufen sich auf 3.263.000 €) nicht erwirtschaften können. Um dies auszugleichen, steigen entsprechend die Entnahmen aus der Rücklage. Für die kommenden Jahre heißt das: die Liquidität sinkt stetig.

Geschuldet ist dies zum großen Teil der **Schulentwicklung** mit der Großbaustelle Renovierung des Bildungszentrums und dem Umbau der Schullandschaft. Im **Bildungszentrum** sind die Realschule, das Gymnasium und die Förderschule untergebracht; Lern- und Lebensort für 1000 junge Menschen.

Die Investitionen betragen rund 30 Mio €. Der Kostenrahmen konnte eingehalten werden dank der guten Planung und Ausführung. Die Abschreibungen aber werden den Haushalt auf Jahre belasten.

Nun ist der Umbau des Schulzentrums abgeschlossen, und die Einweihung mit Schülern, Lehrern und Eltern beim Tag der Offenen Tür festlich begangen. Wir meinen: Das ist eine sinnvolle und gute Investition in den Bildungsstandort Rheinstetten.

Der zweite Schwerpunkt der Haushaltsplanung ist die **Grundschulentwicklung**. Das Gebäude der Schwarzwaldschule in Forchheim wird zur ersten Ganztagesgrundschule umgebaut. Hierfür sind 2 Mio € im Haushalt eingestellt. Das inhaltliche Konzept bietet den Eltern mehrere Wahlmöglichkeiten und ergänzende Freizeitgestaltung. Die kleinen Schülerinnen und Schüler werden einen großen Teil des Tages hier verbringen. Schule als Lebensraum - hier kann es mit Leben gefüllt werden!

Uns ist es ein großes Anliegen, dass der Schulentwicklungsprozess nun mit der zweiten Ganztagesgrundschule weitergeht. Dazu sollen die Pestalozzi - Schule und die Albert –Schweitzer-Schule zusammengelegt werden. Dies ist ein Weg, der mit Ruhe und Sachverstand von Eltern und Lehrern, dem Schulamt und der Verwaltung gemeinsam gegangen werden muss.

Im Haushalt 2018 sind noch keine Mittel dafür eingestellt, doch für die nächsten Jahre sind mit gleichfalls hohen Kosten wie für die Schwarzwaldschule zu rechnen.

Wir meinen, der Umbau der Pestalozzi -Schule zur Ganztagesesschule sollte Vorrang haben vor anderen Planungen, damit der Schulentwicklungsprozess in Ruhe zu Ende geführt werden kann. Im kommenden Jahr gilt es, die Zusammenführung vorzubereiten, da wird auch die Verwaltung eingebunden sein.

Die vorschulische Bildung in den **Kindergärten und Kindertagesstätten** steht und fällt mit der guten pädagogischen Arbeit der Erzieherinnen. Den finanziellen Rahmen stellt die Gemeinde mit 4.2 Mio €. Oft ist die Forderung nach gebührenfreien Einrichtungen zu hören. Solange der Staat hier aber keine gesetzliche Grundlage schafft, ist es Aufgabe der Kommunen, die Gebühren fest zu legen. Der Kostendeckungsgrad der Gebühren soll in naher Zukunft ca. 19% betragen. Das ist unserer Meinung nach ein sehr niedriger Wert. Eine moderate Erhöhung könnte in gestaffelter Form vorgenommen werden. So eine Erhöhung halten wir für sozialverträglich.

Die Investitionen in den Bildungsstandort Rheinstetten stellen eine anspruchsvolle Aufgabe dar, die einen großen Teil des Haushalts beanspruchen. Wir stehen zu diesen Ausgaben, sind sie doch eine Investition in die Zukunft unserer Kinder.

Eine weitere ehrgeizige Stadtentwicklungsaufgabe ist die zukünftige Großbaustelle „Neue Stadtmitte“. Die Planungen nehmen Gestalt an. Der Bebauungsplan ist aufgestellt und wird im neuen Jahr wohl verabschiedet. Die Erschließung des Areals wird geplant: den öffentliche Teil mit Einkaufszentrum, Dienstleistungshaus und Kulturhaus und dem Teil zur Wohnbebauung an der B36 und der Umgehungsstraße.

Mit unseren Argumenten für eine alternative Energieversorgung und einer alternativen Wohnbebauung konnten wir uns nicht durchsetzen. Nun sind wir gespannt auf die Ergebnisse des Architektenwettbewerbs. Im Haushalt sind 1,4 Mio € dafür eingesetzt. Ob auch die Kosten von 5 Mio € für das neue Kulturhaus im nächsten oder übernächsten Haushalt zu stemmen sein werden?

Neben diesen beiden Großbaustellen im Haushalt 2018 dürfen - unserer festen Meinung nach- die anderen ebenso wichtigen Bereiche nicht ins Hintertreffen geraten.

Die Nachfrage nach **Wohnraum** in Rheinstetten ist enorm. Bauplätze und bezahlbarer Wohnraum werden dringend gesucht. In Bach West wird nun ein Baugebiet erschlossen. Für das Baugebiet Baumgarten sind für das nächste Haushaltsjahr Erschließungskosten eingeplant.

Wir sind der Meinung, dass die Stadt größeres Gewicht auf die Schaffung von Sozialwohnungen legen sollte, und werden Vorschläge hierzu unterstützen. Ebenso gilt es Überlegungen anzustellen, wie bei der Wertsteigerung von Grundstücksverkäufen auch die Stadt teilhaben kann. Der Grund und Boden in Rheinstetten ist begrenzt, aber diese Einsicht schlägt noch nicht in konkretes Handeln um. Wo gibt es Förderungen für Wohnbaugenossenschaften? Wie sieht es mit Erbbaupachtverträgen aus? Diese Fragen werden den Gemeinderat beschäftigen müssen, wenn wir weiterhin für Familien attraktiv bleiben wollen und gleichzeitig verantwortungsvoll mit unserem Grund und Boden umgehen wollen.

Die **Flüchtlingsunterbringung** ist sowohl eine finanzielle wie auch soziale Herausforderung. Da die Kommunen für die Anschlussunterbringung zuständig sind, muss ausreichend Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. 2 Mio € sind dafür vorgesehen. Geplant werden soll der Umbau eines Hauses in der Auerstraße in Neuburgweier. Hier sollen 15 Wohneinheiten entstehen. Diese Zentralisierung sehen wir sehr kritisch und haben uns dagegen ausgesprochen. Rheinstetten hat in den letzten Jahren durch die dezentrale Verteilung der Menschen, die bei uns Zuflucht gesucht haben, gute Erfahrungen gesammelt. Die Eingliederung gelingt dank der Arbeit vieler ehrenamtlicher Helfer. Dazu werden sie von amtlichen Kräften unterstützt. Wir sollten diese guten Erfahrungen mit einer zentralisierten Unterbringung nicht gefährden.

Wer schon mal einen Rohrbruch hatte, kann ermessen, wie wertvoll ein gutes Kanalnetz ist. Für die Fortführung der **Sanierungen des Abwasserkanalsystems** sind 600.000€ und für die Sanierung des Klärwerks Mörsch sind 620.000€ vorgesehen. Wir halten diese Investitionen für dringend erforderlich, und sie sollten zügig bearbeitet werden, denn auch für Forchheim steht die Sanierung der Abwasserleitungen im nächsten Jahr an. Darum haben wir der Erhöhung der Verbrauchsgebühren für den Wasserpreis und das Abwasser zugestimmt. Mit 1,53€ pro cbm beim Wasser und 1,57€ beim Abwasser werden diese moderaten Erhöhungen für die nächsten Jahre aber wohl weiter gehen.

Auch die Umstellung der **Straßenbeleuchtung** auf LED-Leuchten wird im nächsten Jahr in Forchheim erfolgen. Um langfristig die Energiekosten zu senken, sind 580.000€ erforderlich.

Die Digitalisierung der Verwaltungsarbeit ist heute Standard in der täglichen Arbeit der Angestellten der Stadt. Der Zugriff auf Daten und damit die Information für alle Bürger ist ein guter Service, den jeder gerne nutzt. Soweit die positive Seite. Denn die Kosten für die Digitalisierung steigen stetig. So ist z.B. vorgesehen, die Schulen untereinander und mit der Verwaltung zu vernetzen. Angedacht ist ein Kostenrahmen von 235.000 € in den nächsten Jahren. Dazu kommen die Sicherung der Daten und die Aktualisierung der Soft- und der Hardware. Schon im jetzigen Haushalt wird das Personal für diese Aufgaben erhöht werden. Auch von einem Datenschutzbeauftragten ist die Rede. Für die EDV werden im Haushalt rund 300.000 € für die laufende Arbeit eingestellt.

Ist die Digitalisierung also eine Dauerbaustelle, die immer höhere Investitionen verlangt? Wir meinen, die Kommunen können sich dieser Entwicklung nicht entziehen. Gesetzliche

Rahmenbedingungen und technische Neuerungen engen aber den finanziellen Spielraum immer mehr ein. Da sollten auch Land und Bund Mittel dafür bereit stellen.

Der Öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) in Rheinstetten mit Bus- und Straßenbahnverkehr stellt eine wichtige Verbindung von und nach Karlsruhe und Ettlingen dar. Die Stadt trägt mit einem Zuschuss von 1.2Mio€ an die Verkehrsbetriebe für die gute Anbindung bei. Leider ist festzustellen, dass viele Busse und Bahnen nicht ausreichend besetzt sind. Da ist die Überlegung nicht fern: Ist die Taktung der Bahnen noch so zu halten? Brauchen wir jede Haltestelle? Wir verschließen uns dieser Diskussion nicht. Doch sollte immer bedacht werden, dass der Schienenverkehr eine Priorität behalten muss, und dem Autoverkehr nicht noch mehr Raum gegeben werden sollte.

Wie in jedem Jahr werden **Straßen** in Rheinstetten saniert. Im nächsten Jahr wird die Kriegstraße mit der Sanierung der Wasser- und Abwasserrohre erfolgen. Und was lange währt, wird endlich in Angriff genommen: die Fertigstellung des Allmendweges in Neuburgweier.

Im letzten Jahr wurde eine **Geschwindigkeitsmessanlage** beschlossen, doch getan hat sich bisher nichts. Wir erwarten, dass dies im nächsten Jahr nachgeholt wird. Die Einnahmen für Bußgelder von 247.000€ bestätigen die Notwendigkeit zur Überwachung des Autoverkehrs.

Im kommenden Jahr wird es wohl zu einer weiteren Anhörung zum **Polder Bellenkopf / Rappenwört** kommen. Das weitere Vorgehen wird auch für die Gemeinde und insbesondere für die Bürger von Neuburgweier erhebliche Auswirkungen haben. Da ist es gut zu wissen, dass die Gemeinde in Herrn Dr. Treiber einen sachkundigen Vertreter in die Anhörung schicken kann. Sein Vorschlag zielt auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben ab: Eingriffe in die Natur müssen möglichst sparsam und auf das Nötigste beschränkt bleiben.

Das Vereinsleben in Rheinstetten kann zu Recht als bunt und sehr rege beschrieben werden. Und doch zeigen sich auch hier Veränderungen in den Strukturen. Die Sportvereine wollen an ihrer großen Aufgabe, sich zusammen zu schließen weiterarbeiten. Wenn die Stadt diesen Prozess weiterhin begleitet, so unterstützen wir das sehr. Für die nächsten Jahre wird sich hier eine neue Baustelle auf tun.

Die Überlegungen **den Bauhof** in unserer Stadt finanziell und baulich besser aufzustellen sind schon sehr alt. Konzepte für die personelle Struktur wurden oft erörtert. Nun gibt es Überlegungen und Planungen, die auf die Frage zulaufen: Wollen / sollen wir einen neuen Bauhof bauen? Geplant sind Ausgaben von 4Mio€. Angesichts der Großbaustellen in unserer Stadt sind wir der Meinung, dass eine angemessene Renovierung der vorhandenen Gebäude in der Rheinaustraße in Mörsch ausreichend ist. Ganz konkret heißt das für uns: zuerst die Sanierung der Schullandschaft zu Ende führen und dann neue Aufgaben angehen.

Zusammenfassend stellt sich für uns die finanzielle Situation folgendermaßen dar:

Die ehrgeizigen Vorhaben der Stadt strapazieren den Haushalt enorm.

Im Ergebnishaushalt stehen rund 50 Mio € an ordentlichen Erträgen aufwendungen von 53 Mio € gegenüber. Der Haushalt weist demnach ein Defizit von 3.1 Mio € auf. Die Neukreditaufnahme beträgt 3.8 Mio €. Die Stadt investiert im kommenden Jahr rund 11 Mio €. Und die Verschuldung steigt auf rund 25 Mio €.

Wir haben demnach ein Ausgabenproblem und sollten uns fragen: Können wir uns das in den nächsten Jahren noch leisten? Die Gebührenerhöhungen in diesem Haushalt zeigen, dass der Gemeinderat dieses Problem erkannt hat. Doch wird das reichen?

Beim **Eigenbetrieb Wasserversorgung** zeigt sich eine ähnliche Tendenz: Wir werden die Finanzkraft des Eigenbetriebs erhöhen müssen, um die Aufgaben mit den Sanierungskosten erfüllen zu können. Das wird über den Wasserpreis in den kommenden Jahren erfolgen müssen.

Eine spannende Entscheidung wird es sein, wenn über die Freiwilligkeitsleistungen der Stadt diskutiert wird. Sie betragen rund 4 Mio €. Wie viele davon brauchen wir? Auf welche können wir verzichten? Wir meinen: diese Ausgaben machen das politische Geschehen aus und setzen Akzente. So wie es der Gemeinderat mit der Entscheidung zur Bildungsstadt gemacht hat. Wir werden uns diesen Diskussionen im nächsten Haushaltsjahr nicht verschließen.

Wir respektieren Gemeinderatsentscheidungen, auch wenn wir eine andere Meinung vertreten haben. Das ist guter demokratischer Brauch. Mit anderen Worten:

Trotz unserer Bedenken stimmen wir dem Haushaltsplan 2018 und dem Wasserwirtschaftsplan zu, weil wir auf das Ganze schauen.

Wir bedanken uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, besonders beim Kämmerer Herrn Dauth und dem Oberbürgermeister Herrn Schrempp für ihre Arbeit und ihre Hilfe bei den Beratungen.

